

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3606—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postachtkonto: Berlin 60. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post nach 36 Pfennig Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr 117 · B 58

DIENSTAG, 10. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE · V

Das Dorf als Großbetrieb

Deutsche Bauern mit Traktoren

In einem Bauernhof bei Ulm wird jetzt eine ganze Gemeindefarm in einer Größe als motorisierter Großbetrieb bewirtschaftet. Der Grundbesitz dieses „modernisierten Dorfes“ ist der folgende: Die Bauern besitzen Eigentümern von Land und Boden, oder bis zur Größe wird die ganze Fläche meist bestellt. Dadurch verringert sich die Betriebskosten um ein beträchtliches, und vor allem kann die tierische Anspannung erheblich eingespart werden. Zu diesem bemerkenswerten Versuch, den der Hofbesitzer Professor Münzinger organisiert, sind Heilissen aus dem Reichsamt ernannt worden.

Verlässliche Gemüter werden in dem Experiment Münzingers, dessen eigentliche Arbeiten schon häufig Widerspruch und Ablehnung gefunden haben, einen Anstoß gegen den bäuerlichen Individualismus wittern. Es muß auch ganz klar gesagt werden, daß dieser Versuch äußerlich der umhüllten und losgerissenen Form der russischen Kollektivs entspricht, das als Lösungsgang zum kommunistischen Weltbild die gesellschaftliche Arbeitsteilung anerkennt. Macht man sich aber frei von unmaßstäblichen Vorstellungen, so muß anerkannt werden, daß dieser Versuch sehr wesentliche Anhaltspunkte für die Neuformierung der bäuerlichen Betriebe und die Wiederherstellung ihrer Konstruktivfähigkeit im Anbau von landwirtschaftlichen Maschinen für den Markt bieten kann. Daher ist es, daß der Versuch nicht gelangt, motorisierte Maschinen zu schaffen, deren Amortisation im Kleinbetrieb mög-

lich ist. Die Untersuchungen Professor Münzingers über die bäuerliche Arbeitsteilung haben zweifellos ergeben, daß die technische Ausrüstung der Betriebsweise im weitestesten durch Mehrarbeit und starke Einschränkung der Lebenserhaltung ermöglicht wird. Rechnet man zusammen, wieviel unproduktive Arbeitsgänge durch die Wege vom Hof zum Feld, häufig zu schwer zugänglichen und abgelegenen Parzellen Zeit mangelnder Flurbearbeitung, den Bauern erzwungen, so sind die Vorteile gemeinschaftlicher Feldbearbeitung auf der Hand legend.

Demgegenüber aber muß betont werden, daß die Intensität der Bewirtschaftung, die Art der Bestellung, die Düngemenge und die Auswahl des Saatgutes in den bäuerlichen Wirtschaften außerordentlich unterschiedlich sind und nur sehr schwer auf einen Gesamtcharakter gebracht werden können. Man muß also damit rechnen, daß sich sehr erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Bauern ergeben werden, die zum Teil (schon) begründet sind, zum Teil aber in dem vielleicht übersteigerten Individualismus der bäuerlichen Natur begründet sind.

Man wird das Ergebnis des Münzinger'schen Versuchs abwarten müssen, ehe man ein Urteil über seine praktische Wertigkeit abgeben kann. Sein weitestgehend ist der Gedanke richtig, auch wenn durch ihn der gesellschaftliche Anstoß der bäuerlichen Wirtschaft gefördert wird, so wird Münzinger sich ein großes Verdienst um die deutsche Landwirtschaft erweisen.

Politische Justiz

Der Menschewitz-Prozess in Moskau

Von WILM STEIN, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

In dem jüngsten Schauprozess in Moskau wurden schwere Kerkerstrafen verhängt. Von den üblichen Todesurteilen wurde abgesehen. Warum? Unser Moskauer Korrespondent gibt die Antwort:

Moskauer Prozesse sind politische Kampfmittel und dienen politischen Zwecken. Eine Strafe, die automatisch ihren Gang geht, eine geordnete Rechtsprechung, die bei der „Art“ und Ermittlung des Täters' unangenehmig Recht, Beweis und Urteil folgen, sind dem kommunistischen Staat unbekannt. Man lehnt sich an die Formen bürgerlicher Rechtsstaaten an, soweit die traditionelle Übung bequemer ist, und man verzichtet die Formen, sobald politische oder taktische Erwägungen sie unbenutzt erscheinen lassen.

Unabhängig große und kleine Vergehen, vom Vandalentum auf der schwarzen Straße bis zum Staatsverrat, „verfügt“ das Kollektiv der G. P. U. in aller Gültigkeit: es verurteilt und verdammt und vollstreckt, nur in seltenen Fällen gibt es das eine oder andere Verbrechen gegen die gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl als abgemilderten Gespenst bekannt. Man aus 2000 der „Sabotage“ Verurteilten und Verhafteten ein paar Vertreter aussucht und gegen sie einen öffentlichen Prozeß, „Lamin und Genossen“ inszeniert, wenn man heute diesen Menschewitz aus einer großen Schar Verhafteter zu einem neuen Menschewitzprozesses auf die Bühne des Schutzes im Gewerkschaftsbereich stellt, sie filmt und fotografiert, die Verhandlung durch Radio überträgt, die Spalten der Zeitungen mit ihr füllt, so ist nicht die besondere Schwere ihrer Vergehen die Ursache der sensationellen Aufmachung und der „öffentlichen Verhandlung“ in Form, die äußerlich das Bild eines „Prozesses“ und einer Rechtsabhandlung bieten.

„Recht, weil es um „Mißverhältnisse“ geht, die man nach Recht und Gesetz beurteilen will, um ihre Gesetzmäßigkeit nach Analogie abzumitteln“ zu behaupten, ist man fünf Gewerkschaften und Arbeiter auf die feierlichen Richterthronen des Tribunals; Recht und Gesetz haben in Moskau bismarke Begriffe; Recht und Gesetz haben in gabellosen anderen Fällen nicht dagegen gesprochen, ebenso gewöhnliche Mißstände ohne prozedurale Formen und ohne öffentliche Verhandlung durch G. P. U. Verurteilung ihrer Taten oder ihre Bestimmung können zu sein. Wenn man Menschewitz-Prozess in greifbarer Aufmachung öffentlich verhandelt, sind dafür keine rechtlichen und juristischen Gesichtspunkte maßgebend, sondern ausschließlich politische.

Der Menschewitzprozess ist Glied in einer Kette: Schächterprozess und Kaminprozess gingen voran, der Anstaltsprozess soll folgen. Gemeinam ist diesen „Schauprozessen“ die inempfindliche Zwecksetzung: Räte, Leiden, Mängel und Mißstände sollen den Massen der Sowjetunion als folgen böswilliger Sabotage gezeigt werden, um taktische Gedanken über die Weisheit der Politik der Parteileitung zu entwickeln, zugleich haben diese Prozesse die Sowjetunion in der Öffentlichkeit als „Rechtsstaat“ (Aufhebung der Freiheitsgötter, Arbeitsvertrag, Verpflegungszuteilung usw.) als Folge der „Bühnenarbeit der Freunde“ nachzuweisen, — im Schauprozess waren die emigrierten Gewerkschaftler und einzelne ausländische „Kapitalisten“ das treibende Element, im Kaminprozess die reaktionären Einigungen zusammen mit dem französischen Generalstab und der französischen Regierung im Menschewitzprozess ist es die Sozialdemokratie aller Länder und besonders die deutsche, im Anstaltsprozess wird man vermutlich die Sünderinnen der Sozialrevolutionäre vorstellen.

Bei mehr als in den frühesten Prozessen tritt im Menschewitzprozess auch die Tendenz zu Tage, die bevorzogene Kriegesgefahr in knappen Farben zu malen, die ohnehin neuerde Stimmung durch das Gespenst militärischer Intervention weiter zu steigern: das Brüllen des Löwen soll die englische Flotte noch enger zusammen und an die Seiten drängen. Der Ruf „Nihilismo ante portas“ macht Gewissen, Wächterfüllung, Dulden ohne Murren zur patriotischen Pflicht, paant die Energie und überwindet die lähmende Müdigkeit, die den „Georgianischen Aufbruch“ gefordert.

Der Menschewitzprozess unterließ sich von seinen Vorgängern durch das besonders starke Hervortreten der außen-

Der Reichswehr-Ertrag

Bei der Beratung des Wehr-Ertrags in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses war vorwiegend von dem Ertrag der Reichswehr die Rede. Sozialdemokratische Deputierte hatten es, daß offenbar lange Zeit herangezogen werden, die sich nicht durch eine rechtsstaatliche Einstellung legitimieren, und daß Sozialdemokraten sehr Mißbilligung verhand finden, in die Reichswehr zu gelangen. Auch ein Genarrumentar meinte, es sei nicht zu verschweigen, daß sich ein Klagen über Bereitwilligkeit und Protektionen bei der Auswahl des Mannschaftsbeschlages lauter werden. Den Offiziersertrag kontrolliere der Reichswehr-Minister allerdings selber.

Reichsminister Dr. Cremer erklärte dazu, daß durch ständige in vielen Fällen von ihm selbst vorgenommene Revision die Gewinne gegeben werden, daß sowohl der Offiziers- wie der Mannschafts-Ertrag auf unparteiische Weise erfolge, und daß der Billie des Reichswehrministers wurde auch von den Sozialdemokraten nicht bestritten.

Angesichts wurde ein kommunikativer Antrag, das Gehalt des Reichsministers zu freieren, angenommen, und zwar mit Zustimmung Cremers, wurde ein Antrag, wonach Angehörige des Reichswehr- und der Marine nicht als Ertrag für Freiländer oder ausgesparte Arbeiter vermerkt werden dürfen.

Abg. Dr. Cremer (D. S. B.) bekräftigte sich, daß der in den Kameradschaftskassen ausbleibende Ertrag meist sehr einseitigen rechtsstaatlichen Charakter trage.

General von Seidler erwiderte, den Reichswehrrangehöre stehe die Wahl ihrer Offiziere frei. Mit Worten habe man nicht das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte.

In der Zeitfolge der heutigen Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ ist durch einen Druckfehler der Sinn eines Satzes in sein Gegenteil verkehrt worden. Es folgte richtig heißen: „Wir wollen hoffen, daß man ebenso zu Unrecht eine Hinneigung nach dem entgegengesetzten Verhalten vermerkt, wie man die nach dem Oben nicht zu bemerken vermochte.“

Schlichtungsverfahren bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahn und den Gewerkschaften über eine Schlichtung wurden am Dienstag fortgesetzt. Da die Gewerkschaften jedes Eingehen auf die Forderung der

Reichsbahn ablehnten und die Ausrückhaltung der bestehenden Löhne verlangten, wird die Reichsbahn-Dauptverwaltung die Einstellung eines Schlichtungsausschusses beantragen.

Radikalismus im Landbund

Der Reichslandbund soll eine berufliche Interessenvertretung sein. Diesen Charakter hat er schon in der Vorzeitigkeit nicht gewohnt. In den letzten Jahren hat er sich fast mehr nach als mit landwirtschaftlichen Dingen mit Politik befaßt. Vor den letzten Reichstagswahlen hat er die Bindung an eine politische Partei abgelegt und eigene „Landbündel“ errichten lassen. Das war eine schmerzliche politische Neutralität, erzwungen dadurch, daß ein Teil des Landbundes zu Zugenberg, der andere zu den Konföderationen hinneigte, die sich von der Führung Zugenberg's emancipiert hatten.

Wahns der Wahlen ist der Landbund immer mehr in das Fahrwasser der Radikalen gelangt. Schiele mußte sein Reichstagsmandat niederlegen, später auch den Ehrenvorsitz. Ueber mangelnden Entgegenkommen der Regierung Erklärung hatte die Landbundschaft sich nicht zu begeben. Aber die Einstellung des Reichslandbundes zur Regierung ist schon lange nicht durch die Agrarpolitik bedingt, sondern fast ausschließlich durch die allgemeine Politik.

Das Reichsbund des Reichslandbundes ist heute nach Berlin verufen worden. Offiziell, um zum Agrarprogramm und zur Dichte Stellung zu nehmen, in Wirklichkeit, um eine politische Entscheidung zu treffen. Für oder gegen Schiele, das heißt nicht für oder gegen den Reichswehrrangeminister, sondern für oder gegen eine Politik der Sabotage.

Man ist im Lande, wenn man die Rede kennt, die vor wenigen Tagen erst auf dem Schließlichen Landtag in Weiz der neue Vorsteher der Reichslandbundes vom Reich gehalten hat. Er gab offen die Partei für Schiele an; mehrere Redner forderten von „dem großen Mißbaufer in Berlin“, der über kurz oder lang „legal oder illegal“ befristet werden müsse, Raum mit einem Worte war der landwirtschaftlichen Not die Rede, ausschließlich von Parteipolitik.

Der heutigen Sitzung des Reichslandbundes in Berlin ist getrennt eine Sonderkonferenz jener Landbundsmitglieder vorausgegangen, die dem Reichslandbundes verfallen sind. Die Scheidung der Offiziere ist bereits erfolgt. Fraglich bleibt nur, zu welchem Ergebnis die Sitzung führen wird. Daß sich der Reichslandbund in seiner Gesamtheit Zugenberg und Schiele verweigern wird, ist unannehmlich, ebenso wenig ist anzunehmen, daß man es jetzt schon zum offenen Bruch mit kommen lassen.

politischen Umwälzung. Das Ziel des Schachzuges, die Einheitsfronttheorie, die demagogische „Aufrüstung“, die Cataloge und die Manuskriptsarbeit der Kapitalisten sind trotz aller propagandistischen Ausschüßelungen inehrlich bei münden und mitgeordneten eigenen Massen nicht mehr zugänglich genug um den Aufwand des Prozesses zu rechtfertigen. Das alles geht nebeneinander — aber das wesentliche prägnanteste Objekt des Schachzuges waren die Arbeiter, deren Befehlers die Beutchen.

Der Sozialdemokrat, dem härtesten Feinde, dem Volkswort gegen die kommunistische Revolution, hoffte man einen starken Stoß zu versetzen, die Reihen ihrer Wähler und Mitläufer zu erschüttern, wenn man bewies, daß die Führer der Sozialdemokratie den ersten und einzigen Arbeiterpartei der Welt nicht etwa nur ideologisch bekämpfen, sondern mit allen Mitteln — vor allem auch durch die Verleumdung — in der Reaktion und der Strenge seiner höchsten Feinde in die Hände zu spielen, damit die kapitalistische Herrschaft wiederhergestellt wird.

Man rechnete in Moskau damit, daß der ausländische Arbeiter, der für die Ursache seiner Räuber kauft, für den „Mörder“, „Geißel“, „Glossator“ u. s. w. eheher Wegfälle sind, als das, was die Weltanschauung des Arbeiterklasse und die aus dem G. P. U. bezugslos vorzubereiten sind, weil sie, als ich die Weltanschauung anstellt, da es sich um „den Arbeiter“ im offenen „Prozeß“, folglosen „dokumentarisch“ festlegen.

Auf der Moskauer Anklagebank saßen nicht Hing und Kung, seine unlächerlichen, seine unerschrockenen Charaktere, sondern die Köpfe der russischen Intelligenz und ganze Männer. Revolutionäre, ebenso verdient um Revolution, Sturz des kapitalistischen Aufbaus und Gründung des Arbeiterstaates wie ihre Richter. In einem Lande, wo auch nur ein Mindestmaß individueller Freiheit besteht, ist jedoch keine, wo nicht das Wohl einerer „Mittelschicht“ auf die Gebanten ausgeübt wird, wären sie eine „Gruppe“ im Parteilieben, würden sie verurteilt, ihre von der offiziellen Linie abweichenden Gedanken über Politik und Wirtschaft der Arbeiterregierung auf legalen Wegen zu äußern und für sie zu werden. Ein wenig und teilweise Gedanken scheinbar, die man Trost und Teilhabe verschafft, weil sie in jeder oder jener Frage anderer Ansicht sind als Stalin, mußte der „Kollektivismus“ der angeklagten Revolutionäre die Formen unerschütterlicher „Berichtigung“ annehmen, geheimnisvoll in komplizierten Aussagen liegen, zu dem nur die Kenntnis der „Anerkennung“ Einlaß schaffte.

In Moskau flutete die Tatsache, daß die der Volkswort nicht als den richtigen Weg zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft anzuwenden, die menschenwürdigen Theorien anhängen, die eigentliche „Schuld“ der Angeklagten. Sie liegt fast viel schwerer als die „Handlungen“, zu denen einzelne Angelegte übergegangen sind und aus denen sich juristisch „Strafbar“ konstatieren lassen.

Die Angeklagten waren geschuldig — Feindschaft in allem, was die Anklage behauptet, aber zumelien in allem, was sie tatsächlich haben und taten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die wichtigsten Erbauungen, die sie im Laufe des Mittelalters der bolschewistischen Gesellschaft entweder überlegte Manuskripte geschrieben oder — das ist bei vielen der Fall — wieder geworden seien. Sie erklärten, daß sie das Tempo des fünfjährigen Plans für verwerdlich, die Methoden der landwirtschaftlichen Kollektivierung für unheilvoll halten; sie erklärten, daß die bolschewistische Politik ihrer Überzeugung nach zum wissenschaftlichen und politischen Zusammenbruch der Sowjetunion führen müsse, und daß sie die Interventionen ablehnen müßten. Sie erklärten, daß sie beim erwarteten Sturz des Bolschewismus ein Glied der sozialistischen Revolution und Arbeiterregierung werden wollten und deshalb sich vorbereiteten, im Moment der Katastrophe die Führung der Arbeiterpartei an sich zu reißen. Sie erklärten, daß sie die bisher faktische Anhang in der Arbeiterpartei haben, sondern ein Gesamtzahn ohne Gruppen seien — was übrigens selbst der Staatsanwalt ihnen noch ausdrücklich bezeugte. Um Sinne der Anklage gegen die Angeklagten zu, für das ausländische Organ der Menschheit Anteil geschrieben, mit den menschlichen Emigranten Fühlung gehabt zu haben. Um Sinne der Anklage gegen sie zu, auf Anwendung der ausländischen Menschheit die „Desorganisations-Direktive“ angenommen zu haben, d. h. in einem Bezirk, die welche Traditionen unermesslichen Autorität des Bolschewismus durch den Verfall der Herrschaft des Wirtschaftsaapparates zu beschleunigen, um die Lebenszeit des russischen Volkes abzukürzen. Trotz dieses Gehändnisses hat selbst die Anklage schwere Mühe, wertvolle „Sabotageakte“ einiger dieser vierzehn Männer nachzuweisen: über „ungünstige Berichte“ und „niedrige Produktionsnormen“ kommt sie nicht über hinaus — und über die Sabotage-Wirkung von einem Dutzend Leute die Wirtschaftsaufbau und zum Teil Verfall der Volkswirtschaft und Infektionsepidemie begünstigt sich selbst die Anklage mit einigen nebelhaften Phrasen.

Gegen die Anklage bestritten die Angeklagten, alles am Sturz der jetzigen Arbeiterpartei, an der Selbstführung der Intervention und für die Wiederherstellung einer kapitalistischen Wirtschaft gearbeitet zu haben. Viele — außerpolitisch der Anklage bedenklich und durch die Vereinigung der bolschewistischen Arbeiterpartei unterworfen — behaupten sie nicht nur durch die Verantwortlichkeit der Angeklagten, die seit Jahrzehnten politisch fast umrissen ist, im höchsten Grade unerschrocken, sondern auch unerschrocken der „Partei“ dieser verächtlichen Professoren und Literaten ohne organisierten Anhang a b u r d. Sie sehen vorsehr die ausländische Intervention und dadurch den Zusammenbruch der jetzigen Herrschaft als unermessliche Folge der jetzigen Herrschaft an, und sie sind in der Hoffnung, daß die Vorkaufleute und Arbeiterunter erwarten, Verbesserungen zu attorn Eingreifen getroffen. „Vorberetzung zu

Hohenbirken endlich vor Gericht

Der schlimmste Fall polnischen Terrors

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 10. MÄRZ

Vor dem Kreisgericht in Rabbin begann heute der Prozeß gegen sechs polnische Aufständische, die gemeinsam mit einer größeren Anzahl unbesamer Täter am 10. November vorigen Jahres Hohenbirken auf deutsche Widerstandskämpfer in dem Dorfe Hohenbirken verurteilt haben. Die Ausreisenden in Hohenbirken waren belohnen großzügiger Art und erzeugen während des polnischen Belohnungskampfes politisches Aufsehen in der Öffentlichkeit und löschten Lärme unter den Deutschen in Polen. Es wurde die Käufer von nicht weniger als hundert belohnen Familien überfallen und demoliert. Das gefasste Mobiliar wurde gestohlen, nicht einmal vor den Zeugnissen wurden hitzgemacht. Noch wochenlang mußten die deutschen Familien in den Häusern, die einer Zerstörung erlitten, hausen. Die Deutschen wurden von den Aufständischen in hundertprozentiger Weise mißhandelt. Zwei von ihnen wurden so schwer mißhandelt, daß sie monatelang ins Krankenhaus gefahrt waren und man legte mit ihrem Leibe zerkleinert. Andere mißhandelte Deutsche konnten sich nur durch die Frucht noch Schlimmerem entziehen.

Der Urtel wird danach, daß durch die Hohenbirken in der Wohnung der deutschen Familien hineingestohlen wurde, und auch wurde so niedrig geizelt, daß sie, wenn sie noch langsam

Buch oder Hohenbirken — kontuliert Arleno, „Vorberetzung zur Rettung der Arbeiterrevolution aus der Katastrophe“ — kontulierten die Menschheit.

Deutsch zeigte auch dieser Prozeß, daß innere Widerstände im Gesamtland gegen die kommunistische Politik reichlich vorhanden sind, aber nur in den immer dünner werdenden Reihen der Intellektuellen, während die Massen entweder fest in den Händen des Parteiapparats sind oder völlig passiv und schuldlos stehen.

Baldwin gegen Indien-Verhandlungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. MÄRZ

Der Außenminister der konservativen Partei hat gestern eine Resolution angenommen, in der die Entscheidung Baldwin's geäußert wird, wonach die konservative Partei an einer neuen inbilden Round-Table-Konferenz, die, wie die Regierung angeht, hat, in Indien stattfinden würde, nicht teilnehmen wird.

Diese Resolution hat in politischen Kreisen aus äußerer Überlegung nicht befangen gewesen und war die Resolution in der Anhörung ist, daß die Konservative sich von den Indienzuhaltungen zurückziehen wollen. Man hätte erwarten dürfen, daß Baldwin, der noch am vergangenen Freitag in Weston Abbot über das Verhältnis zwischen Lord Irwin und Gandhi gesprochen hat, dabei diese Entscheidung erwidert hätte. In der Regierung legt man jedoch die Worte „in Indien“ in der Resolution und hält es für wahrscheinlich, daß die Konservative zwar an einer Fortsetzung der Konferenz in England, nicht aber in Indien, teilnehmen würden.

Das Unterhaus hat gestern nach langer Debatte mit 92 Stimmen Mehrheit den Bericht Englands zu der Oester Schiedsgerichtsakte, die der Völkervertrag im September 1928 angenommen hatte, mit den von der englischen Regierung vorgelegten Vorberetzungen beschlossen.

Die Revolte von Canenne

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. MÄRZ

Vor dem Strafgericht in Nantes begann gestern ein Hohenbirken, der die blutigen Mordtaten bei den Wahlen im Jahre 1928 in der Kolonie Ouhana zum Gegenstand hat. Die letzten Wahlen in der französischen Tropenkolonie waren deshalb besonders blutig ausgefallen, weil der Abgang der Bevölkerung, der Abgeordnete Colmat, kurz vor dem Wahltag unter geheimnisvollen Umständen starb. Seine Anhänger behaupteten, er sei von seinen Feinden vergiftet worden. Es scheint aber, als sei Colmat einem Mordtäter erlegen.

Die wütende Bevölkerung erlähmt mehrere seiner Gegner und plünderte ihre Häuser. Zwei der Angeklagten, ein Alger und ein Colmat vergiftet haben sollen, wie weitere Angelegte und eine Algerien erlähmt einen Straftat von Canenne, ein dritter erlähmt den Chefverwalter der Kolonie „Progrès“ von Canenne. Drei andere plünderten die Wohnung der Bürgermeisters und mißhandelten ihn leicht schwer. Die übrigen endlich waren mit Gewalt in das Gefängnis eingedrungen und hatten dort alle Gegner Colmats in den Zellen erhängt. Der Prozeß wird voraussichtlich über 14 Tage in Anspruch nehmen.

Richter Holmes 90 Jahre

Der in deutschen Juristenkreisen wohlbekannte Richter Oliver Holmes, Mitglied des nur aus neun Richtern bestehenden Obersten Amerikanischen Bundesgerichts, feiert in voller körperlicher Frische seinen 90. Geburtstag.

im Bett gelegen hätten, unfehlbar getroffen worden wären. Gildredemelle waren die Bewohner durch den auf der Straße beginnenden Sturm bereits ausgedrückt worden.

Unter den Angeklagten befinden sich wie bei ähnlichen Prozessen der letzten Wochen (dies wiederholt auch der Volkskommandant des Orts und der polnische Schlichter, dem vorgeworfen wird, die Aufständischen zu weiteren Gemaltes aufgereizt zu haben. Die Angeklagten bestritten bei ihrer Vernehmung ihre Schuld und verurlichen, sich selbst als die Angreiferen hinzustellen. Sie behaupten, daß bereits fast Jahren in Hohenbirken die polnische Bevölkerung in befähiger Unruhe leide, weil die deutsche Arbeiter eine sehr heftige Agitation gegen sie entfaltet habe.

Der Volkskommandant gibt an, daß die Nationalsozialisten bei benachbarten deutschen Stadt Ratibow, wo er durch Spiegel erlähmt habe, wiederholt überfallen auf polnisches Gebiet und vor allem auf Hohenbirken überfallen hätten. Die Frage, warum damals ein solcher Überfall erfolgt sei, kann er nicht beantworten. Im ganzen verurlichen die Angeklagten und die Verurteilten, dem Prozeß eine rein politische Note zu geben und die Dinge zu beurteilen, als ob die ärmere Zerstörte gegen die Deutschen nur der Ausdruck einer Art Bewegungsstimmung der polnischen Majorität über die dauernden Anfeindungen durch die deutsche Majorität gewesen seien.

Severings Stat im Ausschuß

Die Verwaltung in Preußen

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Beschlusses des Ministeriums des Innern, für die drei Tage vorgelegten fünf. Rachen Weg, Hellmann (Gsp.) den Bericht erlähmt hatte, insofern er nicht beantragt. Im ganzen verurlichen die Angeklagten und die Verurteilten, dem Prozeß eine rein politische Note zu geben und die Dinge zu beurteilen, als ob die ärmere Zerstörte gegen die Deutschen nur der Ausdruck einer Art Bewegungsstimmung der polnischen Majorität über die dauernden Anfeindungen durch die deutsche Majorität gewesen seien.

Die Verwaltung in Preußen

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Beschlusses des Ministeriums des Innern, für die drei Tage vorgelegten fünf. Rachen Weg, Hellmann (Gsp.) den Bericht erlähmt hatte, insofern er nicht beantragt. Im ganzen verurlichen die Angeklagten und die Verurteilten, dem Prozeß eine rein politische Note zu geben und die Dinge zu beurteilen, als ob die ärmere Zerstörte gegen die Deutschen nur der Ausdruck einer Art Bewegungsstimmung der polnischen Majorität über die dauernden Anfeindungen durch die deutsche Majorität gewesen seien.

Die Verwaltung in Preußen

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Beschlusses des Ministeriums des Innern, für die drei Tage vorgelegten fünf. Rachen Weg, Hellmann (Gsp.) den Bericht erlähmt hatte, insofern er nicht beantragt. Im ganzen verurlichen die Angeklagten und die Verurteilten, dem Prozeß eine rein politische Note zu geben und die Dinge zu beurteilen, als ob die ärmere Zerstörte gegen die Deutschen nur der Ausdruck einer Art Bewegungsstimmung der polnischen Majorität über die dauernden Anfeindungen durch die deutsche Majorität gewesen seien.

Sachsen vermießt Reichsaufträge

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DRESDEN, 10. MÄRZ

Bei der Vorlegung des Etats von 1931 klagte sich Finanzminister Dr. Gehrig, daß bei der Berechnung von Reichsaufträgen Sachsen wie auch die anderen Länder fast benachteiligt werde gegenüber Preußen. Sachsen allein habe lett Aufträge einen Verlust von rund 2 Milliarden Mark an solchen Aufträgen zu verzeichnen. Mehr als 75 Prozent der Reichsaufträge seien in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930 an die Provinz Brandenburg als im wesentlichen nach Berlin vergeben worden. Der Finanzminister forderte scharf, daß Berlin gegen dieses Verfahren an.

Am 1. April werden in Sachsen, wie der Finanzminister weiter mitteilte, die Grundsteuer um 10 u. 5 u. und die Gemeindesteuer um 20 u. 5 u. geholt. Der neue Haushalt ist zu tun bemessen, daß nur eine Reserve von 100 000 Mark für unvorhergesehene Ausgaben bleibt.

Professor A. C. Brindmann nach Berlin berufen

Nachdem Professor Wilhelm Binder in München, wie in der heutigen Morgenansage der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, den Ruf der Berliner Universität als Ordinarius für Staatsrecht abgelehnt hat, ist, wie wir erfahren vom Staatsminister an den älteren Kammerhelfer Professor Albert Brindmann der Zulassung, den Berliner Lehrstuhl zu übernehmen. Eine Antwort aus Köln liegt noch aus, doch wird in unterrichteten Berliner Kreisen angenommen, daß Professor Brindmann angenommen wird.

Ehrenerkennung für Pfarrer Dehn

Wieder durch einen Verurlichen an die theologische Fakultät der Universität Göttingen unter sehr unerschrockenen Begleitentscheidungen zurückgenommen wurde, hat eine Entscheidung von 27 Seibelberger Professoren erhalten, in der diese ihre Überzeugung Ausdruck geben, daß diese unerschrockenen Gründe für eine Zurücknahme der Berufung sind. Professor Dehn hat die Berufung nicht abgelehnt und die ganze Affäre in einer sonst nicht üblichen Weise behandelt worden ist.

Deutschland schließt 18 pCt. ein

Chadbourne, der von der amerikanischen Finanzwelt be...

Ziele zu gelangen, als beim Kauschuk, da die Eingabe...

Eigenartig haben sich die Dinge in der Trebecho...

Das Versicherungsparbuch

Allians auf neuen Wegen

Die Allianz- und Stuttgarter Verein Lebensveroli-...

Reichsbank kräftig entlastet

Devisenpolster füllt sich aus

Die Entwicklung der Geldarten und der Devisenkurs...

Reichsbankbestände am Rentenmarkt auf 44,6 Mill. erhöht...

Table with 4 columns: Aktiva (1000 Rm), 7. März, Verhältnis zum Vorjahr, and Passiva (1000 Rm).

Der gesamte Umlauf an Zahlungsmitteln liegt mit 5699...

Siegersdorf wieder rentabel

Wenn man nach dem Bericht und dem Zifferwerk...

800 Mill. Sparkassen-Zuwachs

Bei den preussischen Sparkassen haben sich die Ein...

Dividendensteuern von 14 pCt. wahrscheinlich beibehalten wird...

Minderumsatz Deutsche Telefon

Das Geschäftsjahr 1929/1930 der zur Gruppe der Elektri...

Der Anstieg der flüssigen Mittel wird auf rechtzeitige...

Brüsseler Nationalbank-Präsident abberufen

Die Verhandlungen über die rumänische Anleihe...

Verinsabnehmend Neue Dampfer-Compagnie, Kiel

Der angesehene Vertreter der schiedlichen Wirtschafts...

Neues Sinia Viscosa-Kapital 350 Mill. Lire

Über die bereits gedenkten Sanierungsversuche der Kunst...

Zahlungseinstellung in der Berliner Feinleuchtungs-Industrie

Die seit 35 Jahren bestehenden Firmen Richard...

